



**LANDKREIS ROTENBURG** (WÜMME)  
DER LANDRAT

**Niederschrift**

- öffentlicher Teil -

über die  
öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Abfallwirtschaft  
am 14.04.2005  
in Rathaus Gnarrenburg, Sitzungssaal

**Teilnehmer:**

**Ausschussmitglieder**

Abg. Hartmut Leefers  
Abg. Reinhard Frick  
Abg. Joachim Behnken  
Abg. Rüdiger Bruns  
Abg. Hans-Hermann Engelken  
Abg. Friedhelm Fitschen  
Abg. Karl-Heinz Imbusch  
Abg. Karl-Hans Keller  
Abg. Hartmut Prella  
Abg. Jürgen Rudolph

Vertretung für Abgeordneten Erhard Thies

Vertretung für Abgeordneten Hans-Cord Graf  
von Bothmer

**Mitglieder mit beratender Stimme**

Abg.e Heike Treu  
Abg. Adolf Wilshusen

**Verwaltung**

Erster KR Hermann Luttmann  
Herr Diplom Ingenieur Hans-Wilhelm  
Schröder  
VA Gerd Holtermann

Entschuldigt:

**Ausschussmitglieder**

Abg. Hans-Cord Graf von Bothmer  
Abg. Erhard Thies  
Abg. Bernd Wölbern

## Tagesordnung:

### a) öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die 6. Sitzung
- 4 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 5 Sachstand Forschungsvorhaben Kuhstedt  
Vorlage: 2001-06/1094
- 6 Stilllegungskonzept Deponie Helvesiek, In situ Stabilisierung  
Vorlage: 2001-06/1090
- 7 Sachstand zur Hausmüllentsorgung, Antrag der WFB-Fraktion vom 16.03.2005  
Vorlage: 2001-06/1093
- 8 Anfragen

### a) öffentlicher Teil

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Der Ausschussvorsitzende **Leefers** begrüßt die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter des Büros IFAS, der Verwaltung sowie die Pressevertreter um 14.00 Uhr zum Ortstermin auf der Deponie Kuhstedt und anschließend zur weiteren Sitzung um 15.00 Uhr im Rathaus Gnarrenburg.

Anschließend wird die alte Deponie Kuhstedt im Hinblick auf das laufende Forschungsvorhaben besichtigt. Die Mitarbeiter des Ingenieurbüros für Abfallwirtschaft, Hamburg, erläutern die baulichen Einrichtungen und die Funktionsweise des Projektes.

Im Rathaus der Gemeinde Gnarrenburg werden die Teilnehmer durch Herrn **Bürgermeister Bayer** begrüßt.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

---

Die Tagesordnung wird einstimmig in der vorstehenden Reihenfolge festgestellt.

### Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 10

Nein-Stimmen: 0  
Enthaltung: 0

Punkt 3 der Tagesordnung: **Genehmigung der Niederschrift über die 6. Sitzung**

Die Niederschrift über die 6. Sitzung des Ausschusses für Abfallwirtschaft am 14.11.2004 wird genehmigt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 9  
Nein-Stimmen: 0  
Enthaltung: 1

Punkt 4 der Tagesordnung: **Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten**

Herr **Luttmann** berichtet, dass das Bundesverwaltungsgericht zwischenzeitlich die in der letzten Sitzung angekündigte Entscheidung zur Gewerbeabfallverordnung getroffen habe. Diese sei nicht ganz im Sinne der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger ausgefallen. So brauche der Gewerbebetrieb keinen Anschluss an die öffentliche Abfallentsorgung vorzunehmen, wenn er den Nachweis erbringen könne, dass sämtliche Abfälle verwertet würden. Dies stelle aber eine sehr hohe Hürde da. Der Abfallwirtschaftsbetrieb werde die Gewerbebetriebe nunmehr auffordern, der Anschlusspflicht in ausreichendem Maße nachzukommen.

Herr **Schröder** teilt mit, dass das Elektro- und Elektronikgesetz am 23.03.2005 in Kraft getreten sei. Seine Wirkung werde das Gesetz aber erst ab März 2006 voll entfalten. Ab diesem Zeitpunkt werde der Landkreis nur noch für die Sammlung und Bereitstellung, aber nicht mehr für die Verwertung und Beseitigung zuständig sein. Dieses sei ab diesem Zeitpunkt Aufgabe der Hersteller. In der Gebührenkalkulation 2005/2006 habe man damit gerechnet, dass das Gesetz bereits zum 1. August 2005 wirksam werde. Die Mehrkosten für das spätere Inkrafttreten beliefen sich auf ca. 30.000 € bis 40.000 €.

Auf Nachfrage vom Abg. **Wilshusen** ergänzt Herr **Schröder**, Ansprechpartner für den Abfallwirtschaftsbetrieb seien nicht die jeweiligen Hersteller, sondern eine sogenannte gemeinsame Stelle.

Herr **Schröder** berichtet weiter über die Vertragslaufzeiten der Dienstleistungsverträge in der Abfallwirtschaft. Aktuell laufe der Vertrag über den Deponiebetrieb zum 31.05.2005 aus. Ob eine erneute Ausschreibung erfolge, sei abhängig vom zukünftigem Bedarf.

Der Vertrag über die Sammlung, den Transport und die Verwertung der Haushaltsgroßgeräte sei im vergangenen Jahr bis Ende 2005 verlängert worden. Es sei beabsichtigt, diesen bis zur Rücknahmepflicht noch mal um 3 Monate bis Ende März 2006 zu verlängern.

Der Vertrag über Altpapier laufe planmäßig bis Ende 2006. Anfang 2006 sei zur Vorbereitung der neuen Ausschreibung eine Abstimmung mit dem DSD u. a. über die Stellplatzdichte der Container erforderlich. Er erinnerte daran, dass in letzter Zeit vereinzelt Stellplätze aufgegeben worden seien.

Herr **Schröder** erklärt weiter, dass für die Neuausschreibung der Hausabfallentsorgung ab 2009 eine Vorlaufzeit von ca. 24 bis 26 Monate benötigt werde. In dieser Zeit sei unter anderem zu klären, wie mit den ab 2009 nicht mehr zugelassenen Behältern ohne Räder (35 und 50 l) verfahren werden solle, ob ein Identsystem eingeführt werde und damit einhergehend ggf. die Bereitstellung von Behältern durch den Abfallwirtschaftsbetrieb erfolgen solle. Darüber hinaus seien Fristen für Nachprüfverfahren einzurechnen. Die Ausschreibung solle durch ein Fachbüro erfolgen.

Letztlich, so Herr **Schröder**, sei zu entscheiden, wie mit dem Vertrag mit der ZeKo weiter verfahren werden solle. Dieser laufe Ende 2008 aus. Werde er nicht 2 Jahre zuvor gekündigt, verlängere er sich automatisch. Hierüber werde zur Ausschusssitzung im Herbst eine Vorlage durch die

Verwaltung erarbeitet.

Dem Protokoll werde eine Auflistung der Dienstleistungsverträge der Abfallwirtschaft beigelegt.

### **Beschluss:**

Hier beginnen

#### **Punkt 5 der Tagesordnung: Sachstand Forschungsvorhaben Kuhstedt**

Vorsitzender **Leefers** bedankt sich bei den Vertretern von IFAS für die bei dem heutigem Orts-termin auf der Deponie Kuhstedt gegebenen Informationen.

Anhand der dem Protokoll beigelegten Folien stellt Herr **Heyer** vom Ingenieurbüro für Abfallwirtschaft das Forschungsvorhaben vor: Die Deponie sei in der Zeit von 1973 bis 1987 verfüllt worden und weise ein verfülltes Volumen von ca. 220.000 m<sup>3</sup> auf 3,2 ha Fläche auf. 1998 habe der Landkreis Rotenburg (Wümme) sich am Ideenwettbewerb „Kostenreduzierung in der Abwasserreinigung und Abfallwirtschaft“ beteiligt. Seitdem werde das Projekt vom BMBF mit ca. 50 % der Ausgaben gefördert. Mit der Belüftung des Deponiekörpers, der Beschleunigten In Situ Stabilisierung, solle erreicht werden, dass die biologisch abbaubaren Substanzen einem aeroben Abbau zugänglich gemacht werden. Es solle danach möglichst keine Deponiegasproduktion mehr erfolgen und die Sickerwasserkonzentration im Bereich umweltverträglicher Restkonzentrationen liegen. Dadurch könne die Nachsorgedauer um mehrere Jahrzehnte verkürzt werden.

Nach mehrjährigem Belüftungsbetrieb sei festzustellen, dass die Grundwasserbelastung bereits zurückgegangen sei und sich die Abluftqualität verbessert habe. Darüber hinaus deuteten die erheblichen Sackungen bzw. Setzungen auf einen merklichen Massenabbau im Deponiekörper hin. Insgesamt verlaufe das Projekt sehr erfolgreich und habe großes Interesse in der Fachwelt hervorgerufen.

Abg. **Behnken** und Abg. **Brunns** fragen, ob sämtliche Deponieteile durch die Belüftung und Entgasung erreicht würden und sich der gesamte Deponiekörper positiv entwickle. Dieses wird von Herrn **Heyer** bejaht. Bei der Deponie handele es sich aber grundsätzlich um einen inhomogenen Körper. Durch die Entnahme von mehr Luft als diesem zugeführt werde, werde eine Kontrolle der Abläufe erreicht. Auch gebe es diverse Einstellungsmöglichkeiten und Monitoringmaßnahmen, um eine kontrollierte Entwicklung des Deponiekörpers zu erreichen.

Die Frage nach den Ursachen der feuchten Deponiezufahrt durch den Abg. **Keller** begründet Herr **Hupe** mit dem asphaltierten Untergrund der Zufahrt. Eine Verbindung zu austretendem Wasser der Deponie bestehe nicht.

Auf eine entsprechende Frage des Abg. **Fitschen** erklärt Herr **Heyer**, eine Verwertung des Deponiegases sei wirtschaftlich nicht sinnvoll. Hierfür werde eine Mindestmenge von ca. 150 m<sup>3</sup> je Stunde und ein Methangehalt von ca. 50 % benötigt. Weiter führt Herr **Heyer** aus, dass – bezogen auf den Kohlenstoffaustrag – bereits nach ca. 4 Jahren soviel an organischem Material abgebaut worden sei, wofür es ohne Behandlung unter anaeroben Bedingungen ca. 50 Jahre gebraucht hätte.

Abg. **Behnken** fragt nach dem Anteil von organischen Stoffen im Hausmüll. Herr **Heyer** antwortet, dass bei Beginn von Belüftungsmaßnahmen von einem Anteil von ca. 25 % ausgegangen werden könne. Ohne Behandlung würde sich dieser Anteil im Laufe vieler Jahre auf ca. 10 % reduzieren. Bei einer Stabilisierung könne dieser Anteil weiter reduziert werden. Die gemessene Setzung des Deponiekörpers um ca. 90 cm in 4 Jahren sei auch ein Zeichen der guten Belüftung.

Bezüglich der Kosten und Finanzierung des Folgeprojektes Deponie Helvesiek auf eine Anfrage des Abg. **Prelle** erläutert Herr **Schröder**, dass die Ausgangssituationen unterschiedlich seien. Auf der Deponie Helvesiek seien wegen der aktiven Entgasung bereits über 60 Gasbrunnen vorhanden, die Investitionen seien verhältnismäßig geringer, auch wenn zusätzliche Brunnen erforderlich würden. Darüber hinaus werde es für Helvesiek keine wissenschaftliche Begleitung geben. Die Deponie Helvesiek sei dafür aber ein vielfaches größer als die Deponie Kuhstedt. Er gehe zurzeit davon aus, dass die erforderlichen Mittel für das vorgesehene Verfahren insgesamt nicht höher seien als für eine bisher übliche Abdichtung der Deponieoberfläche.

**Prof. Stegmann** ergänzt, dass komplexe Abdichtungen wie Bauwerke betrachtet werden müssten. Keine Abdeckung halte dauerhaft. Im Gegensatz zur konventionellen Methode werde bei einer Stabilisierung der Deponieinhalt in seiner Gefährlichkeit und in der Gegenwart reduziert und das Problem nicht in die Zukunft verlagert.

Das Behandlungsverfahren könne verglichen werden mit der biologisch-mechanischen Vorbehandlung von Abfällen. Auch dort werde das Material so behandelt, dass es in seiner Konsistenz positiv verändert wird.

Bei einem Erfolg des Forschungsvorhabens Kuhstedt, und daran zweifele er nicht, werde dort eine erheblich günstigere Abdeckung aufgebracht werden können, als bei Deponien ohne Vorbehandlung. Wie bei der örtlichen Besichtigung bereits vorgestellt, könne eine Abdeckung aus Kies und Sand (Kapillarsperre) ausreichend sein. Dieses Material stehe in der ortsnahen Umgebung zur Verfügung.

Sollte die Abdeckung im Laufe der Jahre beschädigt werden und damit Oberflächenwasser in die Deponie eindringen, würde es beim Austritt in das Grundwasser eine sehr viel geringere Belastung als bei unbehandelten Abfällen darstellen.

Auf eine entsprechende Frage von Frau Abg.e **Treu** erklärt Herr **Heyer**, dass sich verschiedene Schadstoffe bereits um 1/3 bis 2/3, je nach Parameter, reduziert hätten, das Ziel aber noch nicht erreicht worden sei. Es handele sich aber bereits jetzt um eine erhebliche Reduzierung. Schwermetalle würden nur in geringem Umfange freigesetzt. Dioxinmessungen, so Herr **Heyer** auf eine Frage des Abg. **Prelle**, seien nicht durchgeführt worden, sie seien aber auch nicht zu erwarten.

Abschließend erklärt Herr **Heyer**, dass das Vorhaben auf internationales Interesse gestoßen sei.

#### Punkt 6 der Tagesordnung: **Stilllegungskonzept Deponie Helvesiek, In situ Stabilisierung**

---

Herr **Schröder** führt aus, dass die Deponie Helvesiek am 31.05.2005 im Wesentlichen für die Ablagerung geschlossen werde. Es sei bei der ehemaligen Bezirksregierung beantragt worden, die Deponie im letzten gedichteten Verfüllabschnitt VII bis zum letztmöglichen Deponierungstermin Mitte 2009 weiter betreiben zu dürfen. Die Bezirksregierung habe dieses zum Anlass genommen, ein Stilllegungskonzept für die gesamte Deponie zu fordern. Das Ingenieurbüro für Abfallwirtschaft sei daher beauftragt worden, ein derartiges Konzept zu erstellen. Das Konzept sei bereits mit dem Gewerbeaufsichtsamt Lüneburg besprochen worden.

Anhand der dem Protokoll beigefügten Folien erläutert Herr **Heyer** das Konzept:

Die Deponie werde seit 1979 betrieben, die Grundfläche betrage ca. 9,8 ha, das verfüllte Volumen belaufe sich auf ca. 1,5 Mio. m<sup>3</sup>. Die jährliche Ablagerungsmenge sei in den letzten Jahren seit der Inbetriebnahme der MVR in Hamburg jedoch zurückgegangen. Aufgrund der langen Verfülldauer enthielten die ältesten Abschnitte den damaligen Regeln der Technik entsprechend keine Abdichtung an der Basis, während später eingerichtete Abschnitte mit einer mineralischen bzw. mit einer Kombinationsdichtung versehen wurden. Die Oberfläche der Deponie sei vollständig mit Boden abgedeckt und begrünt. Die Abdeckung mit dem guten Bewuchs komme dem Wasserhaushalt der Deponie zugute, weil dadurch Niederschläge über die Böschung abfließen bzw. durch die Pflanzen verbraucht würden. Die erfassten Sickerwassermengen beliefen sich auf durchschnittlich 6 bis 8.000 m<sup>3</sup> pro Jahr. Bedingt durch die teilweise nicht vorhandene Basisabdichtung in den älteren Verfüllabschnitten würde ein Teil des Niederschlagswassers in das Grundwasser versickern. Die dadurch bedingte Grundwasserbelastung würde sich jedoch auf das nähere Umfeld der Deponie beschränken. Die Fließrichtung des Grundwassers sei in südlicher Richtung auf die Wümme ausgerichtet.

Sofern man die Deponie sich selbst überlasse, würde es bei Betrachtung des Sickerwasserpfadens nach heutiger Einschätzung ca. 140 bis 220 Jahre dauern, bis das versickernde Wasser eine Grenzkonzentration aufweise, die eine Behandlung nicht mehr erfordere. Die Prognoserechnung für das Deponiegas deuteten auf eine auf geringem Niveau verlaufende Gasproduktionsrate hin. Vermutlich erlaubten die Menge und der Methangehalt des Gases nur noch für wenige Jahre eine Gasverwertung.

Eine frühzeitige Unterbindung von Wasserzutritt in den Deponiekörper würde diese Problematik nicht nachhaltig lösen, sondern lediglich in die Zukunft verschieben. Die Abbauprozesse in der

Deponie kämen infolge Trockenheit zum Erliegen. Die Emissionen könnten allerdings mittel- oder langfristig bei erneutem Wasserzutritt mobilisiert und dann womöglich unkontrolliert freigesetzt werden.

Ziele des Stilllegungskonzeptes seien, so Herr **Heyer** weiter, ein emissionsarmer Deponiekörper, ein langfristiger Grundwasserschutz, eine auf einen überschaubaren Zeitraum begrenzte Nachsorge unter Berücksichtigung eines wirtschaftlichen Vorgehens. Dazu seien folgende technische Maßnahmen denkbar: Fortführung der Sickerwassererfassung, Fortführung der Deponieentgasung, Reduzierung der Grundwasserbelastung, Aufbringen einer temporären Abdeckung, Belüftung des Deponiekörpers (aerobe in Situ Stabilisierung). Zur Festlegung der geeignetsten Maßnahmen seien Voruntersuchungen, die eine Zustandsbeschreibung des Deponiekörpers erlauben, erforderlich.

Auf die Frage des Abg. **Bruns** hinsichtlich der relativ geringen Ausdehnung der Grundwasserbelastung und die Einschätzung der Gefährlichkeit führt Herr **Heyer** aus, dass dieses auf die Reinigungskapazität des Bodens zurückzuführen sei. Hinsichtlich der Art der Grundwasserbelastung sei festzustellen, dass es sich überwiegend um langkettige Verbindungen handele. Diese stellten keine „Zeitbombe“ dar. Weiter, so Herr **Heyer** auf Nachfrage des Abg. **Behnken**, würden die Fließrichtung und die Belastung des Grundwassers nicht anhand Kartenmaterial, sondern durch Messungen ermittelt.

Auf Fragen der Abg. **Behnken** und **Bruns** nach einem möglichen Rückgang des Methananteils im Deponiegas antwortet Herr **Heyer**, damit sei vermutlich im Zeitraum 2007 bis 2010 zu rechnen. Nach diesem geschätztem Zeitpunkt werde voraussichtlich keine wirtschaftliche Deponiegasnutzung mehr sinnvoll sein. Mit der Belüftung solle erst nach Beendigung der Gasnutzung begonnen werden. Herr **Prof. Stegmann** ergänzt auf Nachfrage des Abg. **Bruns**, es müssten die verschiedenen Deponieabschnitte gesondert betrachtet werden. Eine stufenweise Aufnahme der Belüftung sei denkbar. Herr **Schröder** führt aus, dass zurzeit aus sämtlichen Deponieabschnitten Gas gefördert werde und eine Belüftung in Stufen derzeit kein Thema sei.

Herr **Prelle** erkundigt sich nach den Kosten und der Finanzierung. Dazu führen Herr **Luttmann** und Herr **Schröder** aus, dass Rückstellungen gebildet worden seien. Die Kosten seien aufgrund eines Gutachtens und unter Zugrundelegung der zum damaligen Zeitpunkt als Stand der Technik betrachteten komplexen Abdichtung ermittelt worden. Man gehe davon aus, dass die Rückstellungen ausreichen würden, sicher sei dieses jedoch nicht. Durch die angestrebte kürzere Nachsorgezeit auf wenige Jahrzehnte würden Kostenreduzierungen erwartet.

Abg. **Imbusch** merkt an, dass das Vorhaben in sich plausibel sei. Die Frage der Abg. **Treu** hinsichtlich der nach dem 31.05.2005 abzulagernden Abfallmengen und Abfallarten beantwortet Herr **Schröder** dahingehend, dass auf den nicht gedichteten Verfüllabschnitten nur reine Böden und im gedichteten Bereich belastete Böden, Eternitplatten, Nachtspeichenöfen usw. abgelagert werden sollen. Die Genehmigung läge jedoch noch nicht vor und die Mengen seien nicht kalkulierbar.

Vorsitzender **Leefers** dankt den IFAS Mitarbeitern für die praktische Vorstellung auf der Deponie wie auch für die Vorstellung in der heutigen Sitzung.

### **Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss:**

Das Stilllegungskonzept für die Abfalldeponie Helvesiek soll als In Situ Stabilisierung durchgeführt werden.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 7 der Tagesordnung: **Sachstand zur Hausmüllentsorgung, Antrag der WFB-Fraktion vom 16.03.2005**

---

Herr **Schröder** berichtet, dass seit dem 22.02.2005 die Müllabfuhr im Landkreis Rotenburg (Wümme) durch die Fa Tappe nicht mehr zeitgerecht durchgeführt werde. Während es in einigen Bereichen bisher zu keinerlei Problemen gekommen sei, seien andere Gemeinden oder Ortsteile zwischenzeitlich zum 4. oder 5. Mal betroffen.

In den ersten Problemwochen (8. und 9. Kalenderwoche) wurden die Mängelleistungen unter Hinzuziehung der Samstage ausgeglichen, während am Ende der 10. Kalenderwoche auch dieses nicht mehr erreicht worden sei. Die Abfuhr erfolgte stellenweise erst am Dienstag der kommenden Woche (Termine von Freitag).

Während die Bürger zunächst mit viel Verständnis reagiert hätten, führte die wiederholte Nichteinhaltung der Abfuhrtermine inzwischen verständlicherweise zu viel Unmut in der Bevölkerung. Auch seien die Mitarbeiter des Abfallwirtschaftsbetriebes über viele Wochen hinweg nur noch mit den Problemen der Müllabfuhr beschäftigt gewesen und hätten ihre eigentlichen Aufgaben nur noch eingeschränkt wahrnehmen können. Die Gesamtsituation habe sich zwar seit Ostern verbessert, sei aber noch nicht zufriedenstellend. Aktuell blieben nur noch einzelne Straßen oder abseits gelegene Grundstücke liegen. Die Nachholtermine stellten aus seiner Sicht auch für Fa. Tappe ein besonderes Ärgernis dar, da sie außerhalb der Tourenplanung stattfinden müssten und die Regelabfuhr zusätzlich erschwere bzw. behindere. Nach seiner Auffassung lägen die Ursachen im Bereich des Personalwechsels – von 15 ehemaligen Mitarbeitern im Abfuhrbereich seien nur noch 2 angestellt – und in der überdurchschnittlichen Ausfallquote der eingesetzten Fahrzeuge. Die Situation sei insgesamt vergleichbar mit dem Beginn der Abfuhr durch die Firma Tappe im Jahre 2000.

Die Sitzung wird um 16.40 Uhr unterbrochen.

Vorsitzender **Leefers** begrüßt den Niederlassungsleiter der Fa. Tappe, Herrn Meiß und erteilt ihm Gelegenheit, die Situation aus Sicht der Fa. Tappe darzustellen.

Herr **Meiß** berichtet, dass die Ursachen der Mängelleistungen der vergangenen Wochen maßgeblich im personengebundenen Tourenaufbau lagen. Die Tourenpläne hätten nach dem Ausscheiden von Mitarbeitern zum Teil gar nicht, bzw. nur in Teilen und nicht aktuell vorgelegen. Die Tourenplanung solle nunmehr entpersonalisiert werden. Die Arbeit solle so organisiert werden, dass bei einem Mitarbeiterwechsel keine Qualitätsmängel bei der Fortführung auftreten würden. Für dieses Konzept habe er die Geschäftsleitung gewinnen können, nicht jedoch alle Mitarbeiter. Zwischenzeitlich seien neue Mitarbeiter eingearbeitet worden. Diese würden bereits zum 2. Mal ihre Touren fahren, so dass in Kürze mit einer zuverlässigen Wiederherstellung der Müllabfuhr zu rechnen sei. Ergänzend habe Fa. Tappe mit einem 5-stelligen Investitionsvolumen in ein EDV-gestütztes Tourenplanungsprogramm investiert.

Auf Frage des Abg. **Bruns** antwortet Herr **Meiß**, dass nur ein Fahrzeug älter als 5 Jahre sei. Alle anderen seien Baujahr 2000 und jünger. Bedingt durch die Art der Fahrzeuge gäbe es diverse Module, die optimal zusammenspielen müssten, aber auch sehr anfällig seien. Es sei anzumerken, dass gerade die älteren Fahrzeuge mit weniger Elektronik versehen seien, was sie weniger anfällig mache. Bei Problemen könnten die Mitarbeiter mit Notprogrammen ihre Arbeit fortsetzen, mit den jüngeren Fahrzeugen gehe dies nicht. Die von Herrn Abg. **Bruns** angesprochenen Schrottfahrzeuge auf dem Betriebsgelände in Seedorf dienten nicht als Ersatzteillager, sondern stünden zum Verkauf.

Herr Abg. **Prelle** fragt nach den Zahlungen an die Mitarbeiter. Herr **Meiß** führt aus, dass alle Mitarbeiter bei Fa. Tappe ein gutes Gehalt erhalten hätten. Auch sei das Betriebsklima gut gewesen. Seine Einschätzung sehe er bestätigt dadurch, dass die bisherigen Mitarbeiter weiter ihre Mitarbeit angeboten hätten.

Die neuen Mitarbeiter, so Herr **Meiß** auf Fragen der Abg. **Bruns** und **Treu**, seien Berufskraftfahrer und technisch vorgebildet, z. B. durch eine technische Ausbildung. Dass die Mitarbeiter mehrere Monate kein Gehalt erhalten haben sollen, könne er nicht bestätigen. Das Tourenprogramm sei in der Einführung, so Herr **Meiß** auf die Frage des Abg. **Keller**.

Herr **Bruns** berichtet von den zurzeit noch bestehenden leichten Problemen in Fintel, die ihre Ursache mit der späteren Abfuhr am Abfuhrtag als gewohnt hätten. Herr **Meiß** erklärt, dass die Abarbeitung der Tagestouren im Zeitfenster zwischen 6.00 Uhr und 19.00 Uhr erfolge.

Fortsetzung der Sitzung: 16.50 Uhr.

Herr **Luttmann** dankt Herrn Meiß für die Ausführungen und ergänzt, dass am heutigen Vormittag eine Unterredung beim Landrat stattgefunden habe, in der Herr Tappe eine kurzfristige Besserung zugesagt habe. Er bitte die Pressevertreter um einen Hinweis an die Leser, dass die Behälter ganztägig in der Zeit von 6.00 Uhr bis 19.00 Uhr geleert würden. Der Landkreis werde ebenfalls eine Pressemitteilung herausgeben.

### **Beschluss:**

Hier beginnen

### **Punkt 8 der Tagesordnung: Anfragen**

---

Frau Abg. **Treu fragt erkundigt sich** nach dem aktuellen Sachstand im Rechtsstreit mit der Stadtreinigung Hamburg und dem EU-Verfahren. Zu beiden Verfahren, so Herr **Luttmann**, gebe es keinen neuen Sachstand, das Landgericht Hamburg habe sich vertagt. Für die Landkreise sei eine Preisprüfung wegen der erforderlichen Rechtssicherheit hinsichtlich der Abfallgebühren unabdingbar. Das Landgericht habe die Frage aufgeworfen, ob in diesem Fall überhaupt das öffentliche Preisrecht anzuwenden sei.

Die Abg. **Treu** erkundigt sich, ob für die bereits einmal angesprochenen überschüssigen Abfallmengen zwischenzeitlich Entsorgungswege gefunden worden seien. Herr **Schröder** erklärt, dass die in diesem Zusammenhang genannte Menge von ca. 700 t pro Jahr zunächst eine grobe Einschätzung sei und die ab Juni tatsächlich angelieferten Abfallmengen erst einmal abgewartet werden sollten. Bei tatsächlichem Bedarf würden Entsorgungswege noch zu suchen sein.

Abg. **Bruns** fragt, ob es neben Kuhstedt weitere Altdeponien gäbe, die Kopfzerbrechen bereiten. Herr **Schröder** antwortet, dass es im Kreisgebiet ca. 250 Altablagerungen gäbe, die meisten davon gemeindliche. Neben der Deponie Kuhstedt habe der Landkreis weitere sechs sogenannte Übergangsdeponien verfüllt. Diese seien nach dem Verfüllende in den 80-iger Jahren mit Boden abgedeckt worden. Bei allen fände – soweit möglich – eine regelmäßige Untersuchung des Grundwassers statt. Eine In Situ Behandlung sei, so Herr **Schröder** auf eine Frage des Abg. **Prelle** bei den genannten Deponien nicht vorgesehen. Auch seien hierfür keine Rückstellungen vorhanden.

Eine Kreiskarte mit den Übergangsdeponien werde dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Nachdem für den öffentlichen Teil der Sitzung keine weiteren Anfragen vorlagen, wird vom Vorsitzenden **Leefers** der öffentliche Teil der Sitzung geschlossen und der nichtöffentliche Teil der Sitzung um 17.05 Uhr eröffnet.

Vorsitzender

Landrat

Protokollführer